

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten, Dresden, Hauptstadt-Postnummer: 20 244. Preis für Redigierendes: 20 000. Preis für Nichtredigierendes: 10 000. Druck u. Verlag: Siegel & Reichardt, Dresden, Postfach-Nr. 1068. Dresden. Redaktions-Telefon: 24 111. Druckerei: Siegel & Reichardt, Dresden, Postfach-Nr. 1068. Dresden. Schriftliche Anfragen werden nicht beantwortet.

## Entscheidende Beratungen des Zentrums

### Brüning Spitzenkandidat in allen Wahlkreisen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Juni. Das geschäftsführende preussische Kabinet hat heute seine Beratungen über die schwerwiegenden finanziellen Fragen fortgesetzt. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß es heute zu einer preussischen Notverordnung kommen wird, die dem Staatsausgleich dienen soll. Solange die bekannte Ermächtigungsverordnung des Reichspräsidenten vom August 1931 besteht, ist auch die preussische Regierung in der Lage, finanzielle Maßnahmen durch Notverordnungen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zu treffen.

Daß die preussische Regierung nach den letzten Wahlen aber moralisch nicht mehr berechtigt ist, eine Notverordnung in Anspruch zu nehmen, dürfte außer Zweifel sein.

Wahrscheinlich wird sich aber die preussische Regierung darum nicht kümmern und zum Staatsausgleich die Einführung nicht nur der schon erwähnten Schlachtfleischverordnung, sondern auch an eine erneute Kürzung der Beamtengehälter herangehen. Genauere Mitteilungen liegen zwar darüber noch nicht vor, aber man spricht davon, daß die

Beamtengehälterkürzung in Form einer Zwangsanleihe gemacht werden soll, die sich von einer offenen Kürzung in der Tat wenig unterscheiden würde. Wahrscheinlich wird aber die preussische Regierung, die ja jetzt von dem Zentrumsmittler Dr. Brüning geleitet wird, nicht zu Beschläffen kommen, die nicht der im Reichstag heute vormittag 10 Uhr zusammengetretene Parteivorstand des Zentrums seine Zustimmung erteilt hat. Diese Beschläffe werden sich sowohl mit der Reichspolitik wie auch mit dem Kurs in den Ländern, namentlich in Preußen, belassen und deshalb für die gegenwärtige innenpolitische Lage von erheblicher Bedeutung sein. Mein äußerlich hebt sich diese Stellung schon durch ihren außerordentlich starken Bezug auf frühere ähnliche Zugänge ab. Geleitet wird die Parteivorstandssitzung vom Zentrumsvorstandenden, dem Präsidenten Raab, selbst. Der frühere Reichskanzler Brüning nimmt an ihr teil, neben ihm der geschäftsführende stellvertretende Ministerpräsident in Preußen, Dr. Grottel.

Als Demonstration gegen einen neuen Kurs im Reich beschließt die Zentrumspartei, Brüning als Spitzenkandidat in allen deutschen Wahlkreisen anzustellen.

Der Reichskanzler wird heute, wie bereits angekündigt, einen Vertreter der Zentrumspartei zur Besprechung der Lage in Preußen empfangen. Auch dieser Besuch wird wohl nicht eher stattfinden, als bis der Zentrumsparteivorstand seine Beschläffe gefaßt hat. Im übrigen legt das Reichskabinet keine Beratungen über die neue große Notverordnung fort.

Die geplanten Ersparnisse im Reichshaushalt

Berlin, 8. Juni. Wie die „D.N.S.“ zu der Ankündigung der Reichsregierung an die Reichsressorts, weitere Ersparnisse für den Reichshaushalt 1932 anzumelden, ergänzend erzählt, betreffen die geplanten Ersparnisse eine ganze Reihe von Ressorts. In erster Linie würden sie sich auf den Verwaltungshaushalt beziehen. Dieser Haushalt, der rund drei Milliarden erfordert, und zwar für die Arbeitslosenversicherung in ihren verschiedenen Zweigen, sollte in wichtigen Punkten geändert werden. Auch für die Deckung der trotz der Ersparnis überfließenden Mittelbeträge sollen in den Beratungen des Kabinetts neue von den bisherigen Plänen abweichende Ideen entwickelt worden sein. Bei der Arbeitslosenversicherung werde nicht an grundlegende Verwaltungsänderungen gedacht, die nach Ansicht der zuständigen Ministerien kaum die erhofften Ersparnisse bringen würden. Die Idee einer Zusammenlegung der verschiedenen Verwaltungsstellen gegenüber der Absicht, der Reichshaushalt die Kontrolle zu belassen, die Gemeinden aber stärker heranzuziehen und vor allem die Unterstützungslage, die in den einzelnen Versicherungsarten zwischen 54 und 58 Mark im Durchschnitt liegen, weiter zu senken.

Die Ersparnisse, die dadurch eintreten, seien sehr beträchtlich. Das neue Kabinet habe sich im allgemeinen an die Pläne der alten Regierung gehalten. Es sei auch von der sofortigen Einführung einer Vorkaufspreißeprüfung Absicht genommen worden, die als Gefährdung des Sparwillens lebhaftes Bedenken ausgelöst habe. Da ein Verschleiten des Kreditwesens abgelehnt worden sei — neben dem Reichsfinanzminister hätten sich auch andere Kabinettsmitglieder ganz energisch gegen derartige Vorschläge gewandt —, bleibe für die Deckung der Preisbeträge nur die Inanspruchnahme einer gewissen Mehrzahl mehr übrig.

Das Kabinet werde zwar nicht die ursprünglich geplante Reichsfinanzreform einführen, aber eine ähnliche, welche nicht nur anders benannte, und statt auf 1% vom Umsatz nur auf 1/2 vom Umsatz zu bemessen Abgabe, die gleichfalls von allen Beamten und sonstigen sich Angehörigen erhoben werden solle.

Die letzten Absätze sollten darauf, daß nichts unverändert gelassen ist, den Finanzbedarf im allgemeinen zu ver-

ringern. Die Notverordnung über den Gesamtkomplex der Arbeitslosenversicherung, der Deckungsfragen und der innerpolitischen Beruhigung werde nunmehr erst für Anfang nächster Woche erwartet. Der neue Etat laufe in den meisten Ressorts auf den vom alten Kabinet vorgelegten Plänen insbesondere andere er auch nichts an der Behandlung der Tributabgaben, für die Verträge eingelegt werden.

Zur Regelung der im Augenblick anstehenden Fragen werden aller Voraussicht nach drei Notverordnungen erlassen werden, die die Aufgaben der Regierung in drei große Fragenkomplexe gliedern. Zunächst wird es sich darum handeln, eine besondere Verordnung zur Regelung der Rassen- und Staatsangelegenheiten herauszubringen, die anfänglich an die bereits von der früheren Regierung geleisteten Vorarbeiten, aber im Gegensatz zu den Plänen der früheren Regierung nicht verknüpft sein soll mit dem rein reformatorischen Arbeiten. Dieser zweite Fragenkomplex wird in einer besonderen Notverordnung zusammengefaßt

werden, die die Aufgaben der Regierung in drei große Fragenkomplexe gliedern. Zunächst wird es sich darum handeln, eine besondere Verordnung zur Regelung der Rassen- und Staatsangelegenheiten herauszubringen, die anfänglich an die bereits von der früheren Regierung geleisteten Vorarbeiten, aber im Gegensatz zu den Plänen der früheren Regierung nicht verknüpft sein soll mit dem rein reformatorischen Arbeiten. Dieser zweite Fragenkomplex wird in einer besonderen Notverordnung zusammengefaßt

werden. Die dritte Notverordnung wird sich dann mit den wesentlichen politischen Fragen beschäftigen, in der Hauptsache mit dem Z.A.-Verbot, der Uniformfrage und der Regelung der Preisbestimmungen. Es ist anzunehmen, daß alle diese Notverordnungen Anfang nächster Woche herauskommen werden.

### Preußen sucht einen Bankkredit

Berlin, 8. Juni. Da die Verhandlungen Preußens mit dem Reich nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben, versucht Preußen jetzt, zum Ausgleich seines Haushalts einen Bankkredit aufzunehmen. Es wird zur Zeit mit einem Bankkonsortium verhandelt, an dessen Spitze die Preussische Staatsbank (Seehandlung) steht. Es geht dabei nur um einen kurzfristigen Ueberbrückungskredit oder um einen langfristigen Kredit handelt, steht noch nicht fest. Auch die Höhe des Kredits ist noch Gegenstand der Verhandlungen.

### Der Nachfolger des Staatssekretärs Deulamp

Berlin, 8. Juni. Wie wir erfahren, ist als Nachfolger des Staatssekretärs Deulamp im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft der Ministerialrat W. Müller in Aussicht genommen.

## Konflikt um den Kanzler-Brief

### Preußen legt Verwahrung ein

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Juni. In der Angelegenheit des Kanzler-Briefes an den Präsidenten des Preussischen Landtages, Herrl, wegen vorzeitiger Einberufung des Preussischen Landtages ist es zu einem ersten Konflikt zwischen der Reichsregierung und der geschäftsführenden preussischen Regierung gekommen. An zuständigen Reichsstellen wird betont, daß sich die Reichsregierung erst dann an den Präsidenten Herrl gewandt habe, als ihr zu Ohren gekommen sei, daß der preussische Ministerpräsident Braun sich vom Amt verabschiedet habe.

Von einer Umgehung der geschäftsführenden preussischen Regierung könne insofern keine Rede sein.

Demgegenüber wird von preussischer Seite die Ansicht vertreten, daß mit dem Ausscheiden des Ministerpräsidenten Braun automatisch die dienstliche Verwahrung des Dr. Grottel an die Stelle Brauns getreten sei. Im Zusammenhang hiermit wird von preussischer Seite eine Erklärung folgenden Inhalts veröffentlicht:

Als Vertreter des benannten Dr. Braun hat gestern Reichsminister Dr. Brüning in der in der Reichskanzlei abgehaltenen Besprechung dem Reichskanzler von Wapen gegenüber Verwahrung darüber eingelegt, daß der Kanzler mit seinem die frühere Einberufung des Preussischen Landtages betreffenden Schreiben sich an den Präsidenten des Preussischen Landtages, Herrl, gewandt habe und nicht an die preussische Regierung.

Wie von preussischer Seite mitgeteilt wird, habe der Reichskanzler dem Staatsminister Dr. Brüning gewandt, daß in Zukunft das direkte Verfahren gewahrt werden würde. Aus Kreisen der Reichsregierung wird jedoch bemerkt, daß der Reichskanzler die Verhandlungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Preußens lediglich zur Kenntnis genommen und ihm bei dieser Gelegenheit noch einmal die besonderen

Gründe dargelegt habe, die ihn veranlaßt hätten, sich unmittelbar an den Landtagspräsidenten zu wenden.

Gibt man die beiden Erklärungen nebeneinander, so sieht man, daß sie sich in einem wichtigen Punkte unterscheiden. Die preussische Pressemitteilung spricht von einer Zustimmung des Reichskanzlers, die dieser niemals abgegeben hat. Es ist nach dieser Zustimmung der Lage nicht ersichtlich, wie der Reichskanzler und der geschäftsführende preussische Ministerpräsident in Zukunft noch persönliche Beziehungen aufrechterhalten können.

Staatsminister Dr. Brüning hat in einem Schreiben vom heutigen Tage an den Reichskanzler noch einmal der Erwartung Ausdruck gegeben, daß in Zukunft der von dem Kanzler selbst angegebene übliche Weg gewählt werden wird.

In den Erörterungen über die Regelung der Verhältnisse in Preußen wird von zuchtändiger amtlicher Seite mit allem Nachdruck betont, es sei absolut falsch, daß der Reichskanzler und die Reichsregierung auf die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen zuzustimmen. Im Gegenteil legen Kanzler und Reichsregierung den größten Wert auf die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung in Preußen, und sie sind bereit, an der Bildung einer solchen Regierung mitzuwirken.

Der Reichskanzler läßt besonders betonen, daß er die in der Presse gegen ihn verschiedentlich erhobenen Vorwürfe, er plane eine falsche Reichsreform, scharf dementsagen müsse. Diese Behauptung ist angesichts der Vänderratskonferenz, die am Sonnabend stattfindet, von großer Bedeutung. Denn sie wird denjenigen Kreisen, die bisher immer unitarisch-zentralistische Propaganda machten und pöbellich, nachdem ein neues Reichskabinet die Geschäfte übernommen hat, sich zu „Föderalisten“ gewandelt haben, einen großen Teil ihres Agitationsstoffes entziehen. Natürlich wolle man auch in Süddeutschland ganz genau, daß der Kanzler ein Anhänger des Föderalismus ist; aber aus parteipolitischen Gründen wird der Versuch gemacht, gewisse süddeutsche Regierungen, die vom Zentrum und der Bayerischen Volkspartei maßgeblich beeinflußt werden, in eine Einheitsfront gegen die Reichsregierung zu treiben.

### Die Veteranen-Parade in Washington

Washington, 8. Juni. Die gefeierte Parade der aus allen Teilen Amerikas hierher weilgeren Veteranen verlief ohne realen Zwischenfall. Etwa 5000 Mann marschierten vom Weißen Haus die historische Paraderoute entlang zum Capitol. Vorher war vereinbart worden, daß sie nicht verhaften würden, daß Weiße Haus oder das Capitol zu betreten. Sie sollten ruhig ihren Führern und der starken Polizeikräfte, die die Straße für sie frei gemacht hatte und auf strenge Trennung zwischen den Teilnehmern der Parade und den Zuschauern achtete. Das Publikum flachte den vorbeiziehenden Weisheit. Die Marschierenden waren durchweg Männer zwischen 65 und 80 Jahren, zum großen Teil Weltkriegsälter aus den Weststaaten.

### Conroy marschiert neben Regern.

Nur bei den Gruppen der Soldaten glugten die Weißen und schwarzen Teilnehmer getrennt. Die Kleidung der Teilnehmer war ärmlich und abgerissen. Die Zuschreifer der mitgeführten Plakate verlangten Brot und Butter sowie sofortige Hilfe. Andere Plakate fragten, wer eigentlich den Weltkrieg gewonnen habe. Nach etwa einhundert Meter hörte man die Regierungen, die zum Teil unter freiem Himmel liegen. Ein Erfolg blühte den Veteranen in dieser Session nicht beschieden sein, da Hoover erklärt hat, die Vollaushebung der erst 1945 jähigen Polizen nicht genehmigen zu können.

### Viccardi startet in Zürich

Basel, 8. Juni. Der zweite Stratopflanzflug Professor Viccardi wird, wie jetzt feststeht, von Zürich aus seinen Ausgang nehmen. Professor Viccardi wird dieses Mal von dem belgischen Piloten Colson begleitet sein. Der Ballon steigt unter belgischer Flagge auf. Die 800 Kilogramm schwere Ballonhülle, die von der Ballonfabrik Augsburg vor ihrer Kollierung noch eingehend kontrolliert wurde, wird heute mit einem Lastkraftwagen nach Zürich gebracht. Der Start ist für Ende des Monats vorgesehen.

### Deutsche Kriegsschiffe in Stockholm

Berlin, 8. Juni. Vom 11. bis 17. Juni findet ein Besuch deutscher Kriegsschiffe in Stockholm statt, an dem der Kreuzer „Roon“, das Torpedoboot „Beecher“ und die 4. Torpedobootflottille teilnehmen.